

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 15.03.2010 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz (ab 17.10 Uhr, Ziffer 1 B)
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller (ab 17.20 Uhr, Ziffer 1 B)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab (ab 17.05 Uhr)
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker (ohne 19.20 Uhr, Ziffer 2 G b, bis 20.25 Uhr, Ziffer 2 G h)
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ab 18.40, Ziffer 2 E e)
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Steinruck (ab 17.10, Ziffer 1 B)
Stadtrat Popp (bis 19.00 Uhr, Ziffer 2 F d)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner
Bauamtsleiter Janner
Stadtplaner Neumann
Frau Heger
Frau Hafner

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Haag
Bürgermeisterin Regan

Stadtrat Schardt
Frau Schlötter (Ortssprecherin Sickershausen)
Herr Pfrenzinger (Ortssprecher Hoheim)

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beratung der Haushalte 2010 der Stadt Kitzingen und der Stiftung Alten- und Pflegehilfe mit allen Bestandteilen (Investitionsprogramm und Finanzplanung für 2009 – 2013)

A. Nach den einführenden Worten von Oberbürgermeister Müller zum Vorgehen fragt Stadtrat Schmidt nach dem Selbigen und verweist auf die Aussagen der ödp-Stadtratsgruppe sowie der KIK-Stadtratsfraktion, wonach sie den Haushalt ablehnen werden und fragt nach dem Sinn, die Haushaltsberatungen dann im bekannten Umfang stattfinden zu lassen. Nach kurzer Diskussion diesbezüglich macht Oberbürgermeister Müller deutlich, dass Fragen und Anträge seitens der Fraktionen und Gruppen gestellt wurden, die von der Verwaltung beantwortet werden sollten. Im Übrigen sei die Beschlussfassung über den Haushalt eine demokratische Entscheidung und es der ödp sowie der KIK anheim gestellt bleibe, in welcher Form sie abstimmen.

B. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht eingangs ausführlich auf seinen Vorlagenbericht zum Haushaltsentwurf 2010 mit Finanzplanung ein. Er stellt die vorläufige Abwicklung des Haushaltes 2009 dar und erklärt, dass sich die negative Prognose für das Jahr 2009 bewahrheitet habe.

Nach den Erläuterungen zum Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms von 2009 bis 2013 geht er auf die Eckdaten des Verwaltungshaushaltes ein und stellt dar, dass die Mindestzuführung, als wichtigstes Kriterium der dauernden Leistungsfähigkeit, um 3,975 Mio. € verfehlt werde. Als nächstes geht er auf den Vermögenshaushalt 2010 ein und stellt dar, dass das Investitionsvolumen mit ca. 22,22 Mio. € finanziell gerade noch geschultert werden kann. Er geht exemplarisch auf verschiedene Einnahmepositionen sowie Ausgabeansätze ein. Im Wesentlichen werden die Investitionsmaßnahmen über Zuschüsse sowie Rücklagenentnahmen finanziert. Darüber hinaus sind Kreditaufnahmen von 2,0 Mio. € bei einer Tilgung von 1,925 Mio. € geplant (Nettoneuverschuldung in Höhe von 75.000,00 €). Hinsichtlich des Investitionsprogramms stellt er die verschiedenen Maßnahmen dar. Außerdem verweist er auf die Maßnahmen, die gegenwärtig im Finanzplanungsrest stehen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht im als nächstes auf den Stand der Schulden sowie den Stand der Rücklagen ein und verweist auf deren Entwicklung bis zum 31.12.2013.

Bei seiner Kurzanalyse der finanziellen Situation stellt er dar, dass das Jahr 2010 geprägt sei durch das Rekordvolumen des Vermögenshaushaltes (Investition) in Höhe von rd. 22,0 Mio. €, der fehlenden Mindestzuführung bzw. der a-typischen Zuführung sowie der Rücklagenentnahmen in Höhe von 4,75 Mio. € (Auswirkungen der guten Jahre 2007/2008 durch hohe Kreisumlage, niedrige Schlüsselzuweisungen sowie das Wegbrechen der Gewerbesteuer durch die Finanz- und Wirtschaftskrise). Folglich können Mehrausgaben bzw. Einnahmемinderungen nur noch über Verschiebungen und Streichungen sowie über die Verbesserung des Verwaltungshaushaltes (Einsparungen Personal bzw. Gewerbesteuereinnahmen) und nicht mehr über Rücklagenentnahmen finanziert werden. Des Weiteren wagt er einen Ausblick auf die Jahre 2011 bis 2013 und stellt die Risiken innerhalb des Finanzplanungszeitraumes dar (Verkaufserlöse, Steuer und Schlüsselzuweisungen und damit die Zuführung zum Vermögenshaushalt sowie Entwicklung der Investitionszuschüsse des Staates).

Nach seinen Handlungsempfehlungen kommt er zu folgenden Schlussfeststellungen:

1. Die Finanzlage der Stadt ist noch geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist nur noch gegeben durch Rücklagenentnahme und einmaligen Tilgungseinnahmen.
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2013 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung durch Rücklagenentnahmen und einmalige Tilgungseinnahmen nachgewiesen.
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Die Folien von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer liegen der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil bei.

2. Beratung des Investitionsprogramm 2010 mit Finanzplanung 2009 – 2013

A. Einzelplan 0

a) 0600.9350 – Beseitigung der von der Fachkraft für Arbeit festgestellten Mängel bzw. sonstigen Ersätze

Die FW bitte die Beleuchtung im Foyer/Historischen Sitzungssaal zu überprüfen und ggf. Lampen anzubringen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Antwort der Verwaltung, wonach der Bedarf erkannt sei, das Bauamt den Umfang prüfen und die Umsetzung im Jahr 2011 erfolgen werde.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass dies dringend und ohne großen Aufwand im Jahr 2010 erledigt werden könnte, worauf Bauamtsleiter Janner auf die Leistungsfähigkeit des Bauamtes verweist und erklärt, dass je nach Umfang und Aufwand ggf. im Jahr 2010 mit den Verbesserungen begonnen werden könne. Ansonsten bleibe es bei der beschriebenen Vorgehensweise.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Die Mittel bleiben unverändert.

b) 0600.9352 – Ersatzbeschaffung einer Spülmaschine im Rathauskeller

Die FW ist der Auffassung, dass die Ersatzbeschaffung auf das Jahr 2010 vorgezogen werden sollte, wenn diese erforderlich sei.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Maschine nochmals instandgesetzt wurde und deshalb die Beschaffung erst 2011 oder auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert bestehen.

c) 0600.9358 – Fotos mit Rahmen für Rathausinnenbereich

Die FW möchte wissen, wann und für welche Räume die Fotos vorgesehen wurden und weshalb es sich um einen Haushaltsausgabereinstellung (HAR) handelt.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Antwort der Verwaltung, wonach der HAR aus dem Jahr 2009 gestrichen und eine interne Lösung mit Bildern aus dem Bestand des Museums für die Gänge usw. gefunden werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 0600.9455 – Bewegliches Klimageräte für den Historischen Sitzungssaal

Die FW fragt nach, weshalb die Beschaffung des Klimagerätes für den Historischen Sitzungssaal nicht getätigt wurde.

Stadträtin Wallrapp ergänzt, dass die Beschaffung aufgrund der Temperaturen bei Empfängen und Trauungen im Sommer dringend nötig sei und die Mittel hierfür in den Haushalt 2010 eingestellt werden müssten.

Bauamtsleiter Janner erklärt, dass die Belange des Denkmalschutzes für Außen und Innen gleichermaßen gelten und deshalb die technischen Umstände, die selbst ein mobiles Klimageräte mit sich brächten, nicht umzusetzen wären.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es wird kein Ansatz für 2010 bzw. für die Finanzplanung bis 2013 aufgenommen.

e) 0600.9456 – Energetische Sanierung des Stadtbauamtes

0600.9457 – Umbau Stadtbauamt und Erweiterung Bauamtsregistratur

Die CSU erbittet einen Sachstand (Zeit- und Kostenplan) hinsichtlich der energetischen Sanierung des Stadtbauamtes.

Die UsW hat verschiedene Fragen zum Umbau bzw. der Sanierung des Stadtbauamtes. Darüber hinaus geben sie zu Bedenken, ob der Umbau im Jahr 2010 erfolgt und deshalb die Mittel entsprechend verschoben werden könnten.

Die FW erbittet ebenfalls nähere Informationen zu Art und Umfang des Umbaus.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach die energetische Sanierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II noch im Jahr 2010 abgewickelt werde. Der Umbau des Bauamtes bezieht sich auf das Erdgeschoss (ehem. Stadtpost). In diesem Bereich sollten die Stellen mit starkem Parteiverkehr untergebracht werden. Ebenfalls soll die überlastete Registratur des Stadtbauamtes erweitert werden.

Die Antwort hinsichtlich der energetischen Sanierung wird zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich des Umbaus wird im Folgenden über das weitere Vorgehen diskutiert, wobei durch Stadtrat Schmidt kritisch geäußert wird, dass einem potentiellen Mieter seiner Auffassung nach voreilig gekündigt wurde und deshalb der Stadt ein Mietverlust entstand. Aufgrund der zeitlichen Schiene und mit Blick auf die Kassenwirksamkeit schlägt Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer vor, bei der Haushaltsstelle 0600.9457 (Umbau Stadtbauamt mit Erweiterung Registratur) die Ansätze der Jahre 2010 und 2011 zu tauschen (2010 auf 50.000,00 € 2011 auf 170.000,00 €).

Ohne Abstimmung

Es besteht Einverständnis die Ansätze bei der Haushaltsstelle 0600.9457 wie folgt festzulegen:

2010	50.000,00 €
2011	170.000,00 €

- f) 0601.9350 – EDV – Fortsetzung Serverkonzept, Austausch Rechner, Bildschirme, Drucker, Software
0601.9352 – EDV – Installation Serverkonzept, Installation OK.Fis

Die FW fragt bei der Beschaffung von EDV-Anlagen nach Einsparungsmöglichkeiten und spricht das Thema „Leasing“ an.

Die CSU fragt hinsichtlich des Server-Konzeptes nach den Vorteilen, den betroffenen Sachgebieten, der Betriebsnotwendigkeit und nach der Möglichkeit auf Verschiebung.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung in der die einzelnen zu beschaffenden Komponenten ausführlich beschrieben sind. Hinsichtlich des Leasings verweist er auf die stattgefundenen Prüfungen und dem Ergebnis, dass dies im vorliegenden Fall unwirtschaftlich sei. Gleichwohl werde diese Option sporadisch geprüft.

Stadträtin Richter fragt nach, wie andere vergleichbare große Städte dies handhaben und ob diese ähnlich hohe Ausgaben für die EDV haben.

Herr Zürrlein stellt dar, dass die Kosten bei vielen Programmen (z. B. OK.Fis und Session) von der Einwohnerzahl abhängen und somit vergleichbare große Städte mit ähnlichen Kosten rechnen müssen. Hinsichtlich der kostenaufwendigen Serverumstellung verweist er auf die Notwendigkeit, auf eine funktionierende EDV, die sich auf dem neusten Stand befindet, zurückgreifen zu können, da nahezu alle Arbeitsabläufe mittels EDV unterstützt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Unterabschnitt 0 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 1

- a) 1300.9452 – Neubau Feuerwehrgerätehaus Repperndorf

Die CSU bittet die leichte Erhöhung auf 535.000,00 € zu begründen und fragt nach, ob die Maßnahme im Kostenplan und in der vereinbarten Qualität abgeschlossen wird.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

Diese wird zur Kenntnis genommen.

Der Ansatz bei Hst. 1300 9452 sowie die übrigen Ansätze im Einzelplan 1 bleiben unverändert.

C. Einzelplan 2

a) 2121.9350 – D.Paul-Eber-Schule – Einrichtungsmöbel, Einbaumöbel

Die UsW bittet um Prüfung, ob die Ausgaben erforderlich sind und bitte um eine Aufstellung, welche Möbel beschafft werden.

Bauamtsleiter Janner weist darauf hin, dass die kompletten Möbel und Einrichtungsgegenstände (nicht Schulmöbel) nicht mehr verwendet werden können und deshalb ausgetauscht werden müssen.

Auf die Frage nach einem möglichen Verkauf weist Dipl.-Ing. Rützel darauf hin, dass die Möbel genauso alt wie die Schule sind und man diese nicht mehr verkaufen könne. Auf die Frage nach der technischen Ausstattung (z. B. Whiteboard) stellt Bauamtsleiter Janner dar, dass EDV-technisch die Räume derart erschlossen seien, um beispielsweise Whiteboards nachzurüsten zu können.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

b) 2121.9352 – D. Paul-Eber-Schule – Neugestaltung EDV-Räume sowie Sekretariat/Rektorat

Die FW möchte wissen, ob die bisherige EDV-Ausstattung der D.Paul-Eber-Schule nicht mehr verwendbar sei und fragt nach dem Verbleib.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die EDV-Räume 5 Jahre und noch älter seien und ein Austausch zwingend erforderlich ist. Die alten Geräte werden soweit möglich im Lehrerbereich verwendet oder gegen einen geringen Obolus abgegeben.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 2121.9451 – D.Paul-Eber-Schule – Sanierung der Schule sowie Räume Ganztagsklassen

Die CSU erbittet eine Info zum aktuellen Sachstand (Zeit- und Kostenplan) und fragt nach, ob der Umzug im Herbst planmäßig erfolgen könne.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Maßnahme derzeit im Zeit- und Kostenplan liege und die Fertigstellung bis zum Schulbeginn erfolgen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) 2122.9451 – Hauptschule Siedlung – Energetische Sanierung

Die CSU möchte wissen, ob die Sanierung im Zeit- und Kostenplan liegt und fragt nach der Zuschussfrist.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes. Die Zuschussunterlagen für die energetische Sanierung sind eingereicht. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1.445.000,00 €. Mit dem Bau soll in der zweiten Jahreshälfte 2010 begonnen werden. Der Abschluss ist spätestens bis Ende 2011 geplant.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

e) 2431.9452 – Friedrich-Bernbeck-Schule – Energetische Sanierung

Die CSU erfragt den aktuellen Sachstand und die Zuschussfrist.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes.

Stadträtin Glos fragt nach, ob die Maßnahme in 2010 umgesetzt werden könne und erkundigt sich nach einer Verschiebung nach 2011.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass es eine Maßnahme des Konjunkturpaktes II sei und deshalb bis 2011 abgeschlossen werden muss.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze des Einzelplans 2 bleiben unverändert.

D. Einzelplan 3

a) 3200.9358 – Museum – Beschaffung von Museumsgut

Die FW erbitte einen Sachstand der Inventarisierung der Museumsgegenstände.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Museumsleitung, wonach die Inventarisierung der Altbestände abgeschlossen sei. Seit der Museumseröffnung in 2007 werden nach und nach die Neubestände inventarisiert. Hierbei sei man noch nicht auf dem Laufenden.

Stadträtin Wallrapp genügt diese Aussage nicht und erbittet weitere Erläuterungen durch die Museumsleitung.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dass diese am zweiten Tag der Haushaltsberatungen gegeben werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

b) 3521.9350 – Stadtbücherei – Ersatzbeschaffung EDV

Die CSU und die FW bitten die Ersatzbeschaffung der EDV näher zu erläutern.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach der Austausch (Arbeitsplatzrechner und Server) aufgrund des Alters und der Kapazitäten in 2010 erfolgen sollte.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

c) 3651.9404 – Restaurierung Historischer Bildstöcke, Marienbild im Stadtteil Hoheim

Die FW ist der Auffassung, dass das Marienbild im Stadtteil Hoheim dringend sanierungsbedürftig sei und stellt den Antrag, hierfür die Kosten zu ermitteln und die Zuschussituation abzufragen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung die Kosten ermitteln sowie die Zuschussituation abfragen werde. Anschließend könne der Beschluss im Finanzausschuss gefasst und die Maßnahme in den Haushalt 2011 aufgenommen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

d) 3651.9450 – Brandschutz Falterturm

Die CSU fragt nach, weshalb der Ansatz für den Brandschutz Falterturm in den Finanzplanungsrest (FiP-Rest) verschoben werden soll.

Stadtrat Rank ergänzt, dass im vergangenen Jahr eine Verschiebung in den FiP-Rest mit der Verkehrssicherungspflicht abgelehnt wurde und nun die Verschiebung erfolgen soll.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass die Situation in der Tat problematisch sei und man sich zunächst mit der Feuerwehr hinsichtlich des Brandschutzes abstimmen werde, um zu einer verträglichen Lösung zu kommen. Auch werde man mögliche Maßnahmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege abstimmen. Gegebenenfalls könne es zu Einschränkungen in der Nutzung kommen.

Ohne Abstimmung

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es besteht Einverständnis, die Mittel für den Brandschutz Falterturm in Höhe von 200.000,00 € in den Finanzplanungsrest zu verschieben.

e) 3651.9451 – Erneuerung Fenster Deusterturm

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob die Maßnahme nun abgeschlossen sei, Dipl. – Ing. Rützel bejaht dies.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

E. Einzelplan 4

a) 4606.9350 – Zentrale Anlaufstelle – Gebäudeschild Schrankenstraße 35

Die UsW bittet den Ansatz für das Gebäudeschild näher zu erläutern und zu begründen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass aufgrund des möglichen Hotels am Main und damit verbunden der neue Standort der Stadtjugendpflege, die Beschaffung des Gebäudeschildes verschoben werde und aus dem Haushalt 2010 gestrichen werden sollte.

Mit 27 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz für das Gebäudeschild in Höhe von 1.000,00 € bei der Haushaltstelle 4606.9350 im Jahr 2010 zu streichen und den Ansatz somit auf 4125,00 € zu reduzieren.

b) 4608.9350 – Spielplätze allgemein – Ersatz von Spielgeräten

Stadträtin Richter verweist auf den Wunsch von Bürgerinnen und Bürger aus Repperndorf, die auf den Spielplatz einen Tisch haben möchten. Nach Aussage des Bauhofs sei dies kein Problem, dieser bräuchte lediglich die Anweisung des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass er dies mit dem Bauhof absprechen werde und der Tisch im Rahmen des Haushaltsansatzes beschafft werden könne. Der Haushaltsansatz bleibt jedoch unverändert.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

Stadträtin Wallrapp weist im Zusammenhang mit den Spielgeräten auf den Umbau des Johann-Sander-Hauses hin und erklärt, dass hierfür Spielgeräte beschafft wurden, die ggf. woanders verwendet werden könnten.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung zu.

c) 4608.9589 – Freizeitgelände am Landschaftssee Hohenfeld

Die FW spricht sich für eine neue Sitzgruppe am Landschaftssee Hohenfeld mit einem Kostenrahmen in Höhe von 10.000,00 € aus.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes, wonach eine neue Sitzgruppe wünschenswert aber nicht dringend notwendig sei. Der Bauhof werde bei Bedarf im Rahmen des Unterhaltes geringe Ausbesserungen vornehmen können.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Mittel eingestellt.

d) 4640.9450 bis 4649.9451 – Auslastung Kindergärten

Die FW erbittet einen Bericht zur Nachfrage der Plätze (freie Plätze) sowie eine Info zu der Belegung der Gruppen in den einzelnen Kindergärten.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegende ausführliche Aufstellung der Schulverwaltung zur Nachfrage und Auslastung der Gruppen in den einzelnen Kindergärten.

Diese wird zur Kenntnis genommen.

e) 4647.9451 – Kindergarten Repperndorf – Sicherheitseinrichtungen für Kleinstkinder
4648.9451 – Kindergarten Hoheim – Sicherheitseinrichtungen für Kleinstkinder

Die UsW möchte die Ansätze für die Sicherheitseinrichtungen (Geländerergänzungen und Fluchttreppe) erläutern und bittet ggf. Kompensationsmöglichkeiten (Rutsche – auch als Spielgerät nutzbar und preisgünstiger) zu überprüfen.

Dipl. – Ing. Rützel stellt dar, dass ein zweiter Rettungsweg geschaffen werden müsse, was nicht durch eine Rutsche abgedeckt werden könne.

Stadtrat Schmidt verweist auf Kindergärten, bei denen diese Lösung Gesetzeskonform umgesetzt wurde.

Bauamtsleiter Janner sagt zu, es nochmals zu prüfen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

F. Einzelplan 5

a) 5602.9359 – Sportzentrum Sickergrund – Zeitmessenanlage

Die FW beantragt, für das Sportzentrum Sickergrund eine Zeitmessenanlage zu beschaffen – Kosten ca. 20.000,00 €

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Anmietung einer solchen Anlage auf Dauer wirtschaftlicher sei und deshalb eine Zeitmessenanlage nicht beschafft werden sollte.

Stadträtin Wallrapp bitte, im Falle die TGK beschafft eine Anlage selbst, einen Schrank für die Unterbringung bereitzustellen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass hierüber zu gegebener Zeit gesprochen werden könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein Ansatz wird nicht eingestellt.

b) 5602.9501 – Sportzentrum Sickergrund – Generalsanierung Laufbahn Sickershausen 5602.9610 – Dreifachturnhalle Sportzentrum Sickergrund – Beschaffung Beschallungsanlage

Die FW ist der Auffassung, die Sanierung der Laufbahn im Sickergrund vorzuziehen und Kosten im Haushalt 2010 einzustellen sowie die Zuschusssituation abzufragen. Die CSU ist ebenfalls der Auffassung, dass die Laufbahn noch im Jahr 2010 saniert werden sollte und die hierfür erforderlichen Mittel in den Haushalt 2010 einzustellen. Als Einsparung sprechen sie sich für das Verschieben der Beschallungsanlage aus.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass aus Sicht der Bauverwaltung ein Bedarf zur Generalsanierung gegeben sei. Von einer stückweisen Sanierung rate man ab. Die Kosten würden sich auf 220.000,00 € belaufen.

Auf die Anregung hin, die Mittel auf 2010 und 2011 aufzuteilen stellt Bauamtsleiter Janner dar, dass die Maßnahme in Gänze in 2010 durchgeführt werden könnte und somit die Mittel auch kassenwirksam werden.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass man lediglich für die Schulsportnutzung einen Zuschuss in Höhe von max. 40 % erhalten könnte (ca. 50.000,00 €). Dies sei jedoch erst mit der Regierung von Unterfranken abzuklären. Im Übrigen könnte man durch Verschiebung der Mittel für die Beschallungsanlage zu einer weiteren Einsparung kommen.

Mit 26 : 2 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 5602.9610 die Mittel für die Beschallungsanlage ins Haushaltsjahr 2012 zu verschieben.

Mit 27 : 1 Stimmen

Es besteht Einverständnis, bei der Haushaltsstelle 5602.9601 im Haushaltsjahr 2010 für die Generalsanierung der Laufbahn im Sportzentrum Sickergrund 220.000,00 € einzustellen.

c) 5800.9350 – Ruhebänke und Abfalleimer im Stadtgebiet

Die FW möchte einen Bericht über die Zuschüsse zur neuen Möblierung, erbittet einen neuen Kostenrahmen und favorisiert eine Beschaffung vor Natur in Kitzingen in 2011.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass sich dies aufgrund des Beschlusses vom 11.03.2010, wonach auf den Zuschuss der Regierung von Unterfranken in Höhe von 25.000,00 € verzichtet werden sollte, erledigt habe. Es werde vom Bauamt geprüft, in welchem Umfang mit den bestehenden Mitteln (Zuschuss Sparkasse Mainfranken und Haushaltsausgabereist) die Möblierung ausgetauscht werden könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der veranschlagte Haushaltsansatz für 2010 wird nicht verändert.

d) 5900.9581 – Kleine Gartenschau – Natur in Kitzingen

Die FW erbittet einen Bericht zum Kostenrahmen und zur Einhaltung des Kostenplans. Darüber hinaus sollten im Hinblick auf Natur in Kitzingen alle städtischen Anschlagtafeln, Stadtpläne und Hinweisschilder aktualisiert und erneuert werden.

Oberbürgermeister Müller weist hinsichtlich des Berichtes zu Natur in Kitzingen darauf hin, dass Herr Hein in Kürze wieder einen Sachstandsbericht geben werde. Hinsichtlich der Hinweis- und Anschlagtafeln erklärt er, dass die Standorte bereits feststehen und diese im Frühjahr 2011, vor der Kleinen Gartenschau, errichtet werden sollen. Die bis dahin bekannten Mittel können in den Haushalt 2011 eingestellt werden.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass dies bereits in 2010 angegangen werden sollte und stellt den Antrag, 3.000,00 € in 2010 einzustellen.

Mit 21 : 6 Stimmen

Es besteht Einverständnis für Hinweis- und Anschlagtafeln im Jahr 2010 3.000,00 € bereitzustellen (bei Haushaltsstelle 5900.9581).

e) 5900.9584 – Gestaltung Kreisverkehr B 8 – Panzerstraße

Die FW bittet den Kreisverkehr mit Blick auf Natur in der Stadt besonders zu gestalten und die Kosten jeweils zu einem Drittel auf die Stadt, dem Landratsamt und dem Straßenbauamt aufzuteilen. Darüber hinaus sollte ein Zuschuss über die Landesgartenschau geprüft werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach das Landratsamt sowie das Straßenbauamt bereits im Jahr 2009 eine Kostenübernahme abgelehnt habe. Ein Zuschuss über die Landesgartenschau ist darüber hinaus nicht möglich, da der Höchstsatz bereits bewilligt wurde. Die Stadtgärtnerei werde nach einer Lösung in der Gestaltung suchen (über Unterhalt).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Mittel eingestellt.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr.

G. Einzelplan 6

a) 6101.9590 – Fortschreibung des Zentrenkonzeptes

Die CSU ist der Auffassung, die in 2010 eingestellten Mittel in Höhe von 20.000,00 € zu streichen.

Stadtrat Moser ergänzt, dass neben der Beauftragung eines Konzeptes auch an die Umsetzung dergleichen gedacht werden müsse, was er gegenwärtig in Kitzingen vermisse.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die eingestellten Mittel der Beschlussfassung zum Zentrenkonzept entsprechen. Nachdem die Firma mit der Fortschreibung bereits beauftragt wurde und das Zentrenkonzept für die Stärkung der Innenstadt wichtig ist, werden die Mittel nicht gestrichen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

b) 6101.9591 – Bauleitplanung – Planung, Verfahren und Gutachten

Die FW bittet den Ansatz in Höhe von 70.000,00 € näher zu erläutern.

Stadtplaner Neumann verweist darauf, dass im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Zentrenkonzeptes Änderungen von Bebauungsplänen anstehen könnten. Darüber hinaus werden diese Mittel auch für die weiteren Planungen der Konversionsflächen verwendet.

In folgender ausführlichen Diskussion wird festgestellt, dass vom Ansatz 2009 in Höhe von 70.000,00 € ein Haushaltsausgaberes in Höhe von 67.000,00 € vorliegt und deshalb nachgefragt wird, ob der Ansatz 2010 (70.000,00 €) mit Blick auf die Kassenwirksamkeit reduziert werden könnte.

Bauamtsleiter Janner rät von einer Reduzierung ab, da die Bauverwaltung in Kürze das weitere Vorgehen in Sachen Konversion vorstellen werde und im Zuge dessen Änderungen von Bauleitplänen anstehen. Um Handlungsfähig zu sein könnte er sich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000,00 € vorstellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer schlägt darauf hin vor, den Ansatz 2010 (70.000,00 €) auf 20.000,00 € zu reduzieren und 50.000,00 € als Verpflichtungsermächtigung in 2010 auf das Jahr 2011 zu verschieben. Darüber hinaus müssten die Ansätze für die Zuschüsse entsprechend verschoben werden.

Mit 22 : 4 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz bei der Haushaltsstelle 6101.9591 in 2010 um 50.000,00 € auf 20.000,00 € zu reduzieren. 50.000,00 € werden als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2010 in das Jahr 2011 verschoben (2011 Ansatz nunmehr 120.000,00 €). Die Ansätze für die Zuschüsse sind in gleicher Weise zu verschieben.

c) 6151.9880 – Kommunales Förderprogramm in Sanierungsgebieten

6151.9881 – Kommunalprogramm für die Ortsteile Etwashausen und Mühlbergbereich

6151.9882 – Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten

Die UsW bittet im Hinblick auf Natur in Kitzingen die Bürger auf die Möglichkeiten der unterschiedlichen Kommunalen Fördermaßnahmen hinzuweisen, damit ggf. noch Verschönerungen an deren eigenen Gebäuden erfolgen könnten.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass man dies verstärkt kommunizieren werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Ansatzänderungen werden nicht vorgenommen.

d) 6152.9400 – Hochbaumaßnahmen Soziale Stadt
6152.9500 – Tiefbaumaßnahmen Soziale Stadt

Die CSU beantragt eine nichtöffentliche Vorberatung der Projekte zur Festlegung der von den „Siedlern“ gewünschten Baumaßnahmen.

Stadtrat Moser ergänzt, dass man kritisch prüfen müsste, welche Maßnahmen mit Blick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit verbunden mit der Arbeitskraft im Haus zu leisten wären.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die eingestellten Mittel den Meldungen des Jahresantrages an die Regierung von Unterfranken entsprechen. Im Juni 2010 wird über die Verteilung der Mittel entschieden, wonach die Maßnahme und somit die Durchführung konkretisiert werden könne.

In folgender Diskussion wird bedenklich geäußert, dass im Projektbericht des Bauamtes die Maßnahme „Soziale Stadt“ nicht enthalten war und somit die Durchführung kritisch gesehen werde.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass im Falle einer Umsetzung die Projektliste entsprechend angepasste werden könne, dann jedoch andere Maßnahmen zurückgestellt werden müssten.

Nach weiterer Diskussion zu den eingestellten Mittel weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass die Mittel in dieser Form eingestellt bleiben und keine Änderungen vorgenommen werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

e) 6152.9581 – Soziale Stadt – Planungskosten für künftige Maßnahmen

Die UsW bittet den Ansatz für die Planungskosten zu erläutern. Diese könnten ggf. verschoben werden.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass dieser Ansatz für mögliche Planungsleistungen durch Dritte erhalten bleiben sollte, der durch das Programm „Soziale Stadt“ förderfähig sei. Darüber hinaus stehen mit dem Kleistplatz sowie der Egerländer Straße zwei konkrete Projekte an, wofür die Mittel gebraucht werden könnten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

f) 6152.9593 – Soziale Stadt - Sanierungsberatung

Die CSU und die UsW bitten, den Ansatz der Sanierungsberatung zu erläutern und welche Maßnahmen damit gemeint seien.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach es sich um einen pauschalen Ansatz handelt, der bei Bedarf für externe Berater verwendet werden kann.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

g) 6300.9423 – Gemeindestraße – Errichtung Busbahnhof

Die FW erkundigt sich nach der Mittelbereitstellung für die prov. Parkplatzplanung am Bahnhof sowie den Abriss der Güterhalle und dem Bahnwärterhäuschen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Für den Abbruch Güterhalle und Bahnwärterhäuschen inkl. Altlastenbeseitigung ist bei HSt. 6300.9503 ein Haushaltsausgaberest von 156.000,00 € vorhanden. Für die prov. Parkplatzplanung und Errichtung desselbigen ist ein Haushaltsausgaberest von 50.000,00 € bei der Haushaltsstelle 6300.9423 und von 75.000,00 € bei der Haushaltsstelle 6300.9501 vorhanden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

h) 6300.9502 – Gemeindestraßen – Umgestaltung Bahnhofplatz

Die CSU beantragt die Einsparung der Mittel für einen Wettbewerb für die Umgestaltung des Bahnhofplatzes, da ein zuschussfähiger Planungsvorschlag vorliegt.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die eine nochmalige Beschlussfassung gerechtfertigen würden.

Stadtrat Weiglein verweist auf die prekäre Haushaltslage, die insoweit eine neue Situation darstellt. Seiner Auffassung nach sollten die Mittel für den Wettbewerb in Höhe von insgesamt 130.000,00 € (70.000,00 € HAR, 60.000,00 € Ansatz) gestrichen werden.

Oberrechtsrätin Schmöger gibt zu Bedenken, dass es die Verwaltung in ihrer Handlungsfähigkeit hindere, wenn gefasste Beschlüsse aus den Vorjahren in den Haushaltsberatungen wieder aufgehoben werden. Auch wenn keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die eine Beschlussfassung nach der Geschäftsordnung zulassen würden, so bleibe es dem Oberbürgermeister anheim gestellt, über den Antrag der CSU abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeister Müller bittet daraufhin um Abstimmung des CSU Antrages auf Streichung der Mittel für den Wettbewerb im Bereich des Bahnhofsumfeldes.

Mit 17 : 10 Stimmen

Mit dem Antrag der CSU auf Streichung der Mittel für den Wettbewerb im Bereich des Bahnhofsumfeldes im Haushalt 2010 (70.000,00 € Haushaltsausgaberest aus 2009, 60.000,00 € Ansatz) besteht Einverständnis.

Oberrechtsrätin Schmöger ergänzt, dass somit der Stadtratsbeschluss vom 26.11.2009 aufgehoben wurde.

i) 6336.9501 – Errichtung der Fahrbahndecke Lerchenbühl

Die FW fragt hinsichtlich der Errichtung der Fahrbahndecke Lerchenbühl nach dem Stand der Planung, den Kosten und einem möglichen Anteil der Anlieger.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Anlieger der Straße im November 2009 informiert wurden, dass der Ausbau der Straße verwaltungsintern geprüft werde und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werde. Bestehende Schlaglöcher werden durch den Bauhof im Rahmen des Unterhaltes ausgebessert. Kostenschätzungen liegen noch keine vor.

Diese wird zur Kenntnis genommen.

j) 6337.9501 – Nordtangente – Abbiegespur Kreuzung Fehrer/Heinrich-Fehrer-Straße

Die FW beantragt die Aufweitung der Abbiegespur bei der Kreuzung Fehrer/Heinrich-Fehrer-Straße auf die Nordtange. Die hierfür erforderlichen Kosten sollten eingestellt und die Zuschusssituation abgefragt werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Situation und mögliche Planungen geprüft werden (Straßenbauamt) und dem Stadtrat vom Ergebnis berichtet werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis. Mittel werden nicht bereitgestellt.

k) 6321.9590 – Erstellung eines Geh- und Radwegkonzept

Die UsW beantragt die Reduzierung des Ansatzes auf 5.000,00 €. Durch die Verwendung der Masterarbeit einer Studentin kann auf ein weiteres Konzept verzichtet werden.

Die CSU beantragt die kurzfristige Erstellung eines Radwegkonzeptes durch das Bauamt unter Überarbeitung des Radwegplans aus den Jahren 1986/1987.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach ein Geh- und Radwegkonzept im Grunde als erforderlich gesehen werde, jedoch müsse dies in Form eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes gutachterlich belegt und erstellt werden. Darüber hinaus kommen nach dem Lückenschluss der Nordtangente weitere Verkehrsströme auf die Stadt zu, die ebenfalls beachtet werden müssten.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Erstellung eines Geh- und Radwegkonzeptes. Es wird mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass durch bestehende Verkehrszählungen und Konzept bestimmte Ströme von beispielsweise Schülern und Radfahrern bekannt seien und man diese auch unter Berücksichtigung einer Masterarbeit in die weiteren Planungen einfließen lassen könnte. Ein weiteres Konzept sei nicht nötig.

Bauamtsleiter Janner stellt dar, dass eine Arbeit einer Studentin lediglich ergänzend hinzugezogen werden könne, jedoch nicht als Grundlage für die Überarbeitung eines Verkehrsgutachtens dienen könnte. Hierfür sei eine Aufarbeitung von Fachleuten notwendig. Seiner Auffassung nach sei eine Aktualisierung des Generalverkehrsplans für die Verwaltung sehr sinnvoll und wichtig.

Nach weiterer Diskussion kommt man überein, auf die Studentin hinsichtlich der Masterarbeit zuzugehen und die Ansätze aus Gründen der Handlungsfähigkeit zu belassen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bleiben unverändert.

l) 6322.9503 – Baugebiet Deuster-Areal, Lärmschutz

Die CSU und die FW möchten den Ansatz des Lärmschutzes näher erläutert wissen.

Die UsW beantragt, den Ansatz zu streichen, da in 2010 keine baulichen Aktivitäten erwartet werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach der Ansatz bis zur weiteren Entwicklung in den Finanzplanungsrest verschoben werden könnte.

Mit 27 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, den Ansatz in Höhe von 50.000,00 € bei der Haushaltsstelle 6322.9503 von 2010 in den Finanzplanungsrest zu verschieben.

- m) 6325.3400 – Wohnbaugebiet Holunderweg
6339.3400 – Wohnbaugebiet Hammerstiel
6346.3400 – Wohnbaugebiet Buddental

Die UsW erbittet eine Aufstellung, wo die bisherigen Verkäufen und noch mögliche Verkäufe aufgeführt werden. Darüber hinaus sollten die Risiken und Folgen der schleppenden Vermarktung sowie die Abweichungen von Soll und Ist (2006 – 2009) dargestellt werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erläutert hinsichtlich der Risiken, dass bei einem Nichtverkauf die Deckungslücke über Rücklagenentnahme oder Kreditaufnahmen geschlossen werden müsste. Darüber hinaus habe die Stadt die Erschließungskosten vorfinanziert.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- n) 6330.9502 – Richard-Wagner-Straße, Anpassung an die Nordtangente

Stadträtin Wallrapp fragt nach, ob die Maßnahme tatsächlich in 2010 umgesetzt werde oder es sich lediglich um die Planung handle.

Dipl. – Ing. Richter weist darauf hin, dass nach der Fertigstellung der Eisenbahnbrücke die Angleichung an die Richard-Wagner-Straße vorgenommen werde. Dies werde im Jahr 2010 erfolgen.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

- o) 6347.9501 – Ausbau Rennerstraße (zurzeit noch Feldweg)

Die FW beantragt, die Rennerstraße auszubauen und eine Zufahrt für die Anwohner herzustellen.

Stadträtin Wallrapp fragt ergänzend nach den Anliegerbeiträgen.

Bauamtsleiter Janner weist darauf hin, dass dieser Feldweg vom umliegenden Bebauungsplan noch nicht erfasst sei und vor einem möglichen Ausbau erweitert werden müsste. Der Ausbau der Straße müsste im Grunde umgelegt werden.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, den Ausbau zu prüfen, wobei auch der Aspekt der Anliegerbeiträge beachtet werden müsste und somit der Wunsch der Anlieger auf Erschließung schwinden könnte. Mittel werden vorerst keine eingestellt.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis.

- p) 6370.3520 – Dorferneuerung Etwashausen, Anliegerbeiträge Schwarzacher Straße
6370.3529 – Dorferneuerung Etwashausen, Anliegerbeiträge Balthasar-Neumann-Straße
6370.3525 – Dorferneuerung Etwashausen, Anliegerbeiträge Mainbernheimer Straße

Die FW fragt nach dem Geldeingang der übrigen Anlieger-Beiträge der Dorferneuerung Etwashausen und dem Sachstand der gerichtlichen Verfahren.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass bislang lediglich ein Gerichtsurteil vorliegt, in dem die Meinung des Rechtsamtes bestätigt wurde. Darüber hinaus müssen 15 weitere Widersprüche seitens des Landratsamtes behandelt werden, wogegen die Anlieger ebenfalls Klage einreichen könnten. Ein Abschluss des Verfahrens und somit der Geldeingang sei völlig offen.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

- q) 6370.9584 – Neuerstellung des Vorplatzes vor dem Feuerwehrgerätehaus
Repperndorf

Die FW möchte wissen ob im Ansatz in Höhe von 35.000,00 € die Kosten für den wieder in Betrieb zu nehmenden Brunnen enthalten sind.
Die UsW und die CSU möchten die Erneuerung des Vorplatzes und die eingestellten Mittel erläutert wissen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass sich diese Anfrage mit dem Maßnahmebeschluss in der Sitzung des Stadtrates am 11.03.2010 erledigt habe.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Der Ansatz bleibt unverändert.

- r) 6453.9501 – Geh- und Radwege im Ortsgebiet, Absenkungen, Markierungen

Die CSU beantragt für die Absenkung des Geh- und Radwege in der Siedlung „Am Klettenberg Übergang Ärztin Schorr“ Mittel in Höhe von 5.000,00 € einzustellen.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass es sich beim Ansatz in Höhe von 5.000,00 € um einen Pauschalansatz handle, der u. a. für diesen Bereich verwendet werden kann. Weitere Mittel müssten nicht eingestellt werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.05 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer